

Positionspapier des Vereins Menschen kommen an e.V. und des Arbeitskreises Ankommen zum Thema Flüchtlingsunterbringung und Integrationsarbeit in Gärtringen

Integration ist mehr als nur ein Dach über dem Kopf – sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und kann nur gelingen, wenn man sie auch praktiziert.

Bereits Ende 2014 hat sich der Arbeitskreis (AK) Ankommen – aus Vertretern der beiden Kirchengemeinden, der Kommune, Vereinen, sowie Privatpersonen – in Gärtringen gebildet. Ziel ist es, eine Willkommenskultur in der Gemeinde zu etablieren und Geflüchteten das Ankommen und Einleben in Gärtringen zu erleichtern und sie bei unterschiedlichen Anliegen zu unterstützen. Hierzu bietet der Arbeitskreis ein breites Hilfsspektrum an.

Wir verstehen uns als Ansprechpartner für Asylsuchende in unserer Gemeinde und wollen Geflüchtete zur Wahrnehmung von Integrationschancen befähigen.

Um dem Arbeitskreis einen rechtlichen und finanziellen Rahmen zu geben, hat sich im Januar 2016 aus den Reihen des AK Ankommen der Verein Menschen kommen an e.V. gegründet.

Seit bereits über drei Jahren engagieren sich viele Bürger in Gärtringen ehrenamtlich in der Arbeit mit Geflüchteten und unterstützen dabei die Arbeit der Gemeindeverwaltung Gärtringen für eine möglichst gute Integration der Geflüchteten vor Ort.

Die Unterstützung die hierbei geleistet wird ist sehr vielseitig u.a.

- Sprachförderung
- Schulische und berufliche Weiterentwicklung
- Arbeitsvermittlung
- Familienhilfe
- Hilfe bei Behördengängen & beim Ausfüllen von Anträgen
- Arztbesuche & Gesundheitsfragen
- Orientierung vor Ort
- Rechtlichen Fragen
- Wohnungssuche
- Allgemeinen Integrationsfragen (Werte...)

Unser Ziel ist es, die Menschen zu befähigen, sich wieder ein weitgehend selbstständiges Leben aufzubauen: Hilfe zur Selbsthilfe!

Die drei Säulen der Integration sind:

- Erlernen der Sprache
- adäquater Wohnraum
- Schule/Ausbildung & Beruf.

Aufgrund der aktuellen Situation in Gärtringen, in der im Jahr 2018 ca. 140 Personen zusätzlich in der Gemeinde untergebracht werden müssen, beschäftigt sich dieses Positionspapier mit dem Bereich Unterbringung & Wohnraum.

Wie ist die aktuelle Unterbringungslage in der Gemeinde Gärtringen?

Bis jetzt ist es uns in enger Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung zum Großteil gelungen, alle in der Anschlussunterbringung zugeteilten Geflüchtete in dezentralen Standorten, d.h. in kleineren Wohneinheiten, verteilt über die Gemeinde Gärtringen mit ihrem Ortsteil Rohrau unterzubringen.

Dies geschieht durch die Unterbringung in gemeindeeigenen Wohnungen oder Gebäuden. Da die Gemeinde selbst aber nicht über genügend Wohnraum verfügt, wurde auch privater Wohnraum angemietet.

Diese dezentrale Art der Unterbringung bietet klare Vorteile. Kleine (Wohn-)Einheiten erleichtern das Ankommen und die Integration in den örtlichen Alltag, da die Menschen in direkter Nachbarschaft zu Gärtringer Bürgern leben. Dies begünstigt auch das niederschwellige ehrenamtliche Engagement für Geflüchtete, verhindert eine Gettobildung und bietet oftmals kurze Wege zu Schulen, Kindergärten, Ärzten, Einkaufsmöglichkeiten usw.

Die Erfahrung der letzten drei Jahre zeigt, dass mehr Akzeptanz für die Flüchtlingsaufnahme in der Gemeinde bei überschaubaren Wohneinheiten vorhanden ist. Die Kontaktmöglichkeiten innerhalb der Nachbarschaft steigen, Vorbehalte werden ausgeräumt und eine Stigmatisierung findet in wesentlich geringerem Maße statt.

Auch für die Unterstützung durch die Ehrenamtlichen ist eine dezentrale Unterbringung hilfreich, da es ein Arbeiten in überschaubaren Einheiten ermöglicht.

Da es bereits in der Vergangenheit nicht in ausreichendem Maße möglich war, genügend bezahlbaren Wohnraum in der Gemeinde anzumieten, gibt es auch zwei zusätzliche kleinere Containerstandorte in der Gemeinde.

Das besondere Problem dieser Containerstandorte ist die schwierige Wohnsituation vor Ort durch eine fehlende Infrastruktur. Es ist dort kaum möglich in Ruhe ein persönliches Gespräch zu führen, da es dafür keine Räumlichkeiten in den beengten Containern gibt.

Eine Containerlösung mag zwar eine (vermeintlich) kostengünstige und schnelle Lösung des Unterbringungsproblems sein, sie ist aber im Sinne der Integration, der Nachhaltigkeit und der Akzeptanz in der Bevölkerung nicht zu befürworten. Unsere aktuellen Erfahrungen mit den bestehenden Containerstandorten in Gärtringen und Rohrau bestätigen dies eindeutig.

Selbst bei einer dezentralen Anschlussunterbringung der Geflüchteten in Wohnungen oder Häusern, handelt es sich um „Zwangswohngemeinschaften“. Wo normalerweise zumindest eine Wohnungstüre den Schutz der Privatsphäre sicherstellt, tut es dies in der Anschlussunterbringung in der Regel nicht. Fremde Menschen – zum Teil unterschiedlicher Nationalität und Sprache – teilen sich Schlaf-/Wohnraum, Küche und Bad. Ca. 7m² Wohn- und Schlaflfläche stehen einem Geflüchteten gesetzlich zu. In den Hochzeiten der Flüchtlingswelle waren es sogar teilweise nur 5m².

Quo vadis Flüchtlingsunterbringung in Gärtringen?

Die neue Unterbringung von ca. 100 Geflüchteten im ehemaligen Gebäude Möbel Brodbeck ist eine besondere Herausforderung, sowohl organisatorisch für die Gemeinde als auch für den Integrationsprozess.

Mit größeren Gemeinschaftsunterkünften sind grundsätzlich mehrere Nachteile u.a. psychosozialer und gesellschaftlicher Art verbunden:

- Menschen unterschiedlicher Herkunft leben auf engstem Raum miteinander (Mehrbettzimmer) und teilen dabei häufig Küche und Sanitärräume.
- Die Enge und fehlende Privatsphäre sowie das erzwungene Zusammenleben mit Menschen, die unter Verfolgungserfahrung und Traumatisierung leiden, erzeugt eine massive psychosoziale Belastung.
- Die räumliche Trennung der Geflüchteten schafft eine Abgrenzung von der Bevölkerung. Die Bewohner dieser Unterkünfte bleiben fremd und teilweise stigmatisiert.

Wir denken, dass die Gemeindeverwaltung alleine die Herausforderung der Integration nicht stemmen kann, sondern dass ehrenamtliches und gesamtgesellschaftliches Engagement hier im Besonderen gefragt ist. Allerdings ist dies nur möglich, wenn es auch einen passenden Rahmen für die ehrenamtliche Arbeit gibt - und diesen kann nur die Kommune schaffen.

Dazu gehört u.a. eine Infrastruktur, die es neben der reinen Wohnunterbringung ermöglicht, soziale und integrative Arbeit vor Ort zu leisten, z.B. durch einen Café-Treff, durch Sprach- und Hausaufgabenhilfe, durch Familienarbeit und individuelle Gespräche.

Diese neue Unterbringung im Gebäude Brodbeck ist in ihrer Dimension völliges Neuland in Gärtringen und wird – wie die aktuellen Zuteilungszahlen des Landratsamts Böblingen zeigen – noch nicht ausreichen. In 2018 werden wir weitere Geflüchtete in Gärtringen aufnehmen müssen, insgesamt bis zu ca. 150 Personen – und die Zahlen für die Folgejahre sind noch nicht bekannt.

Es stellt sich also die Frage, wo die weiteren ca. 50 Personen im aktuellen Jahr unterkommen können.

Den einen oder anderen freien Unterbringungsplatz wird es evtl. durch den Umzug in privaten Wohnraum geben. Immer häufiger jedoch können selbst Geflüchtete, deren Asylverfahren abgeschlossen ist, nicht aus der Anschlussunterbringung ausziehen, da auf dem Wohnungsmarkt allgemein kein bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht.

Das bedeutet also, dass noch zusätzlicher Wohnraum in der Anschlussunterbringung benötigt wird. Und zwar zeitnah im Jahr 2018.

Für die Geflüchteten wäre natürlich im Gegensatz zum Gebäude Möbel Brodbeck, eine dezentrale Unterbringung wünschenswert. Wie allerdings schon zuvor beschrieben, sehen wir nicht, wo privater Wohnraum in Gärtringen noch zu finden wäre, zumal dieser Wohnraum auch wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie z.B. Mietpreis und Eignung des Grundrisses, unterliegt.

Sowohl die Aufrufe der Gemeindeverwaltung, als auch die regelmäßigen Aufrufe des Arbeitskreises im Mitteilungsblatt der Gemeinde bei dem privater Wohnraum für die Geflüchteten gesucht wird, bleiben seit Monaten, ja fast seit einem Jahr, erfolglos.

Aber welche Optionen bleiben, wenn privater Wohnraum knapp ist und größere Gemeinschaftsunterkünfte vermieden werden sollen?

Eine Unterbringung in verteilten kleineren Gemeinschaftsunterkünften könnte dabei eine sinnvolle Lösung sein. Kleinere Gemeinschaftsunterkünfte wären dabei Mehrparteien-Wohnhäuser, z.B. 6-Familienhäuser, in denen sich jeweils vier bis fünf Bewohner eine abgeschlossene Wohnung teilen. Zielvorgabe für diese kleineren Gemeinschaftsunterkünfte sollte eine sozialverträgliche Größenordnung von nicht mehr als 30 Personen sein.

Kleinere Gemeinschaftsunterkünfte sind eine gangbare Alternative: wenn die Lage der Unterkunft ortsangebunden ist, ihre Größe gemessen an der Personenkapazität in sozialverträglichem Rahmen liegt, sie separate Wohneinheiten mit Koch- und Sanitärräumen bietet und die Verfügbarkeit von integrativen Angeboten vor Ort möglich ist.

Es sollte aber immer auf eine sozial verträgliche Zusammensetzung der Bewohner geachtet werden und besonders Schutzsuchenden wie Frauen, Kindern, Schwangeren oder Alleinerziehenden muss im Besonderen Rechnung getragen werden.

Dabei hat es sich aber auch um ein feststehendes, nachhaltiges Gebäude mit einem insgesamt positiven Eindruck zu handeln. Wohncontainer sind für die mittelfristige Unterbringung keine akzeptable Lösung, da sie sich zum einen nicht sozial verträglich in die Nachbarschaft einbinden lassen und immer einer größeren Stigmatisierung der Bewohner Vorschub leisten. Ein praktikabler Anschluss an die öffentliche Infrastruktur wie Personennahverkehr, Einkaufsmöglichkeiten und Schulen muss dabei beachtet werden.

Zusammenfassung

Dass Integrationsarbeit nicht einfach sein wird, ist allen klar. Trotzdem gibt es überall in Deutschland Menschen, die seit Jahren bereit sind, diese Integrationsarbeit vor Ort zu leisten.

So wünschenswert eine dezentrale Unterbringung für die Integrationsarbeit ist, sehen wir hier in Gärtringen leider die Kapazitätsgrenze des verfügbaren und bezahlbaren Wohnraums erreicht.

Mit der Erfahrung der vergangenen drei Jahre halten wir die Unterbringung in Containern für die denkbar schlechteste aller Möglichkeiten. Aus finanzieller Sicht mag dies als eine günstige Lösung erscheinen, dies ist jedoch nur relativ kurzfristig gedacht. Die sich daraus ergebenden langfristigen Probleme des Zusammenlebens in einer Containeranlage und die Probleme bei der Integrationsarbeit vor Ort in solchen Anlagen wiegen schwerer, als die evtl. kurzfristig zu sehenden Kosteneinsparungen.

Auch fehlt das für Provisorien, wie z.B. Containerunterkünfte, ausgegebene Geld anschließend für langfristige und menschenwürdige Unterbringungen.

Erfahrungen früherer Flüchtlingswellen zeigen, dass Geflüchtete durchschnittlich 4,2 Jahre in der kommunalen Unterbringung verbringen, der längste Aufenthalt betrug in einem Fall 22

Jahre (Flüchtlingsrat NRW 2013, S. 15 f.). Auch muss davon ausgegangen werden, dass ein Teil der asylsuchenden Menschen dauerhaft in Deutschland bleiben wird. Dies zeigt, dass die Flüchtlingsunterbringung in unserer Kommune nicht nur ein akutes Problem ist, sondern dass die Antwort auf die Wohnungsfrage einer längerfristigen Lösung bedarf. Provisorien wie Containerunterkünfte würden das Problem nur verschieben, nicht aber lösen und führen nach dem gesetzlich notwendigen Rückbau zu wiederholten Investitionskosten. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich zu diesem Zeitpunkt die Problematik des fehlenden bezahlbaren Wohnraums in der Gemeinde Gärtringen erledigt hätte.

Bei einer weitergehenden Anmietung von privatem Wohnraum zur dezentralen Unterbringung durch die Gemeinde würde sie in noch größerem Maße als jetzt schon, in direkter Konkurrenz um bezahlbaren Wohnraum treten. Dies würde die Lage auf dem lokalen Wohnungsmarkt in alle Richtungen noch extrem verschärfen.

Die Frage der angemessenen Unterbringung von Geflüchteten stellt sich deshalb als Teilfrage eines größeren sozialen Problems dar: Wie können Menschen mit begrenztem Einkommen zu bezahlbarem Wohnraum kommen?

Diese Frage ist auf jeden Fall politisch und gesamtgesellschaftlich zu lösen.

Unter dem Aspekt der Wahrung des sozialen Friedens in der Gemeinde und der Fortführung der in den letzten drei Jahren sehr erfolgreichen Integrationsarbeit, sehen wir zur Lösung des aktuellen Unterbringungsproblems in Gärtringen den Neubau von kleineren nachhaltigen Gemeinschaftsunterkünften zur Flüchtlingsunterbringung als dringend geboten.

Damit stellt die Gemeinde auch langfristig nutzbaren Wohnraum zur Verfügung, der nicht nur für die momentane Flüchtlingsunterbringung genutzt werden kann, sondern auch langfristig bezahlbaren Wohnraum bietet. Dies kann für die Gemeinde ein Einstieg in die lange vernachlässigte Schaffung von nachhaltigem bezahlbarem Wohnraum sein und zur Entschärfung des angespannten Wohnungsmarktes in Gärtringen beitragen.

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie kann nur gelingen, wenn man sie auch praktiziert.

Soziale Durchmischung mit Augenmaß gehört ebenso dazu, wie die Wahl eines geeigneten Standorts und eines wertschätzenden Wohnumfelds, wenn wir Ausgrenzung und Ghettoisierung vermeiden wollen. Integration ist mehr als nur ein Dach über dem Kopf. Neben erfolgreicher Unterbringung steht mit der Eingliederung in unser Gemeinwesen eine mindestens ebenso große Aufgabe an.

Zur Integration sind mutige und richtungweisende Entscheidungen der kommunalen Gremien unabdingbar. Was sich jetzt als schwierig zu stemmende Aufgabe darstellt, wird sich zukünftig als positiver Aspekt der Gemeindeentwicklung erweisen.